

furrerhugi.



Frühe Kindheit ist entscheidend

BERICHT VOM 16. SEPTEMBER 2018 ZUR POLITIK DER FRÜHEN KINDHEIT

KANTONALE PARLAMENTE

Beobachtungszeitraum: Mai bis August 2018

furrerhugi. ag

Schauplatzgasse 39 | CH-3011 Bern | T +41 31 313 18 48 | F +41 31 313 18 49
Schützengasse 4 | CH-8001 Zürich | T +41 44 251 01 43
Avenue de l'Université 18 | CH-1005 Lausanne | T +41 21 312 16 86
Corso Elvezia 16 | Casella postale 5607 | CH-6901 Lugano | T +41 91 911 84 89
45, Square Ambiorix | B-1000 Bruxelles | T +32 2 235 00 20

info@furrerhugi.ch | www.furrerhugi.ch

1 EINLEITUNG

Der vorliegende Bericht zu den legislativen Aktivitäten auf kantonaler Ebene geht auf die Periode Mai bis August 2018 ein. Es waren im Vergleich zur vorherigen Periode relativ viele neue Vorstösse zu verzeichnen.

Doch auch diesmal waren zwei grosse Schwerpunkte auszumachen, die schon in der vergangenen Berichtsperiode den Fokus bildeten: einerseits die Anschubfinanzierung der familienergänzenden Kinderbetreuung durch den Bund, andererseits das Thema des Kindergarteneintritts bzw. den Übertritt in die obligatorische Volksschule.

Beim Thema der Finanzierung lautete in allen Kantonen der Tenor, dass die Bundesfinanzhilfen benützt werden sollten, um das bestehende Angebot auszubauen und zu verbessern. Die Vorstösse stammten meist von linker Seite und hatten zum Ziel, Druck auf die Kantonsregierungen auszuüben, damit diese Angebote bereitstellen, für die Bundesgelder beansprucht werden können.

Das durch Harmos weitgehend vereinheitlichte Eintrittsalter in die Volksschule bewegt die Gemüter weiterhin. In mindestens fünf Kantonen sind Vorstösse hängig oder neu eingereicht worden von mehrheitlich bürgerlichen Parteien, die einen sanfteren Übergang vom Frühbereich in den Kindergarten fordern.

Eine Übersicht der relevanten Vorstösse findet sich im nachstehenden Kapitel, die Liste aller hängigen und erledigten Vorstösse ist in Kapitel 3 zu finden.

2 BEACHTENSWERTE LAUFENDE UND PENDENTE VORSTÖSSE

Familienpolitik

Mehrere Vorstösse im Bereich der Familienpolitik fordern eine Nutzung der neuen Finanzhilfen des Bundes für die familienergänzende Kinderbetreuung bzw. das Ausschöpfen der Förderbeiträge der Impulsfinanzierung. So sind gerade die neuen Instrumente zur besseren Abstimmung des Angebots der familienergänzenden Kinderbetreuung auf die Bedürfnisse der Eltern im Fokus der kantonalen Politik: im Kanton Bern wurde ein [Vorstoss von der SP angenommen](#), im Kanton Thurgau wurde der Vorstoss der [BDP abgelehnt](#), und in Luzern wurde der Antrag von der [GLP im Kantonsrat angenommen](#). Im Kanton Basel-Landschaft verlangte die BDP eine [Moderne Familienpolitik durch die Einführung der Individualbesteuerung und durch höhere Kinderzulagen](#), jedoch wurde der Vorstoss wieder zurückgezogen.

Bildungssystem und externe Kinderbetreuung

Der Eintritt in die obligatorische Schulzeit ist in fünf Kantonen ein Thema: In Basel-Stadt und Zürich fordern die beiden Vorstösse [Verbesserung des Eintritts in die Volksschule](#) (CVP) sowie [Früher Kindergarteneintritt](#) (SVP) die jeweiligen Regierungen auf, den Übertritt in die Volksschule sanfter zu gestalten. Weitere Vorstösse zum Thema sind in den Kantonen Solothurn, Luzern und Thurgau hängig. Im Kanton Basel-Stadt wird das veraltete [Tagesbetreuungsgesetz](#) totalrevidiert. Die Gesetzesrevision zielt darauf ab, Eltern einerseits finanziell gleich zu behandeln und zu entlasten und ihnen andererseits Wahlfreiheit bezüglich ihres Betreuungsplatzes zu ermöglichen. Im Kanton Bern verlangt eine Motion der EVP, dass auf privater Initiative beruhende Betreuungsangebote nicht benachteiligt werden und Betreuungsgutscheine auch für diese Leistungen eingesetzt werden können. Einmal mehr wird auch die Qualität der externen Kinderbetreuung thematisiert, so verlangt die SP in der Interpellation [Krippenpraktikant*innen als billige Arbeitskräfte](#) im Kanton Basel-Landschaft, dass der Regierungsrat Auskunft gibt zu Anzahl und Arbeitsbedingungen der PraktikantInnen in Kitas.

Vereinbarkeit

Im Kanton Luzern fordert die SP in einer [Motion die Einführung eines zweiwöchigen, bezahlten Vaterschaftsurlaub](#) für Kantonsangestellte. Auch in Solothurn und Bern sind zwei identische Vorstösse hängig. In Basel-Stadt fordern mehrere Vorstösse den Ausbau und die Verbesserung der Tagesstrukturen, während die CVP im Tessin einen [besseren Zugang](#) zu familienergänzenden Betreuungsangeboten fordert.

Gesundheitsförderung und Prävention

Im Kanton Bern wird eine [Motion](#) der SP abgeschrieben, die vom Regierungsrat, konkrete Massnahmen und Vorkehrungen zu treffen, um die Früherkennung und Prävention von innerfamiliärer Gewalt an Kindern zu stärken. Der Regierungsrat argumentiert, dass das bestehende Unterstützungsangebot ausreichend sei.

3 ALLE GESCHÄFTE (PENDENTE, LAUFENDE UND ERLEDIGTE)
Familienpolitik

Thurgau	"Nutzung der neuen Finanzhilfen im Bereich familienergänzende Kinderbetreuung"	BDP (Bürgerlich-Demokratische Partei)	14.08.2018: Erledigt 14.08.2018: Antwort der Regierung 27.06.2018: Eingereicht
Bern	Finanzielle Hebelwirkung der Finanzhilfen des Bundes für die familienergänzende Kinderbetreuung im Kanton Bern nutzen, um den Standortvorteil des Kantons Bern auszubauen	GLP (Grünliberale Partei Schweiz), FDP/PRD/PLR (Freisinnig-Demokratische Partei), GPS/PES (Grüne Partei), BDP (Bürgerlich-Demokratische Partei), EVP/PEV (Evangelische Volkspartei)	06.06.2018: Eingereicht
Bern	Gesetz über die Familienzulagen (KFamZG) (Änderung)	Regierungsrat	04.06.2018: Parlament unterstützt Gesetzesre- vision 02.05.2018: Eingereicht
Basel-Landschaft	Moderne Familienpolitik: Einführung Individualbesteuerung und höhere Kinderzulagen	BDP (Bürgerlich-Demokratische Partei)	14.06.2018: Rückzug des Postulats 05.06.2018: Regierung beantragt Ablehnung 19.04.2018: Eingereicht
Bern	Die Fördergelder des Bundes zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit sind vom Kanton Bern konsequent abzuholen	SP/PS (Sozialdemokratische Partei)	03.09.2018: Annahme 08.05.2018: Eingereicht

Basel-Landschaft	«Sozial gestalten»: Kinder sind unsere Zukunft und dürfen keine Armutsfallen sein.	SP/PS (Sozialdemokratische Partei)	26.04.2018: Eingereicht
Basel-Landschaft	«Sozial gestalten»: Schaffung gesetzlicher Grundlagen für präventive Eingriffe zum Wohl des Kindes vor der Notwendigkeit einer Gefährdungsmeldung an die KESB	SP/PS (Sozialdemokratische Partei)	26.04.2018: Eingereicht
Freiburg	Avances pour l'entretien des enfants, des conjoints ou des ex-conjoints : adaptation au nouveau droit des pensions alimentaires pour les enfants	CVP/PDC/PPD (Christlichdemokratische Volkspartei), FDP/PRD/PLR (Freisinnig-Demokratische Partei)	17.04.2018: Antwort der Regierung 12.10.2017: Eingereicht
Luzern	Die Prüfung der Einreichung eines Gesuchs zur zusätzlichen finanziellen Unterstützung der Kinderbetreuung durch den Bund	GLP (Grünliberale Partei Schweiz)	08.05.2018: Annahme 27.03.2018: Antwort der Regierung 31.10.2017: Eingereicht
Wallis	Geburts- und Familienzulagen	SVP/UDC (Schweizerische Volkspartei), CVP/PDC/PPD (Christlichdemokratische Volkspartei)	16.02.2018: Antwort der Regierung 08.06.2017: Eingereicht
Zürich	Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung	AL (Alternative Liste)	13.09.2017: Regierung beantragt Ablehnung 13.09.2017: Antwort der Regierung 26.06.2017: Eingereicht
Basel-Landschaft	«Regulierungsfolgeabschätzung „Familien“» / Änderung von § 58 Abs. 1 Dekret zum Gesetz über die Organisation und die Geschäftsführung des Landrats (Geschäftsordnung des Landrats)	EVP	17.05.2018: Zustimmung Landrat / Erledigt 05.09.2017: Regierung

			beschliesst Anpassung Dekret und Abschreibung Postulat 05.09.2017: Eingereicht
--	--	--	--

Bildungssystem und externe Kinderbetreuung

Bern	Familienergänzende Kinderbetreuung: Gleich lange Spiesse auch für private Initiativen	EVP/PEV (Evangelische Volkspartei)	15.08.2018: Regierung beantragt Annahme 15.08.2018: Antwort der Regierung 04.06.2018: Eingereicht
Basel-Stadt	Reduktion der Mindestbelegung bei Angeboten der familienergänzenden Tagesbetreuung	-	26.06.2018: Eingereicht
Basel-Stadt	Flächendeckendes Angebot an Tagesstrukturen	SP/PS (Sozialdemokratische Partei)	30.05.2018: Eingereicht
Schwyz	Erhöhung Einschulungsalter Kindergarten und Primarschule	SVP	30.05.2018: Eingereicht
Basel-Stadt	Ratschlag Totalrevision des Gesetzes betreffend Tagesbetreuung von Kindern (Tagesbetreuungsgesetz, TBG)	Regierungsrat	30.05.2018: Eingereicht
Zürich	Tagesschulen im Kanton Zürich – Unterstützung für Pilotprojekte	GLP (Grünliberale Partei Schweiz)	28.05.2018: Eingereicht
Luzern	Die Nutzung der Kinderbetreuung/Frühförderung von Kindern mit Asyl- und Flüchtlingsstatus	GLP (Grünliberale Partei Schweiz)	22.05.2018: Erledigt 22.05.2018: Antwort der Regierung 30.01.2018: Eingereicht
Basel-Landschaft	Zum Gesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung (FEB) – Wo steht der Kanton Basel-Landschaft nach zwei Jahren?	GPS/PES (Grüne Partei)	17.05.2018: Eingereicht

Basel-Landschaft	Krippenpraktikant*innen als billige Arbeitskräfte	SP/PS (Sozialdemokratische Partei)	17.05.2018: Eingereicht
Zürich	Restriktivere Interpretation der Gemeinnützigkeit bei der Besteuerung von Kitas	SP/PS (Sozialdemokratische Partei), CVP/PDC/PPD (Christlichdemokratische Volkspartei), AL (Alternative Liste)	14.05.2018: Eingereicht
Zug	Bedarfsgerechtes Angebot an familien- und schulergänzenden Betreuungsangeboten im Kanton Zug	GPS/PES (Grüne Partei)	02.05.2018: Eingereicht
Basel-Landschaft	Schaffung der Möglichkeit für Gemeinden, ein selektives Spielgruppenobligatorium einzuführen	SP/PS (Sozialdemokratische Partei)	17.05.2018: Annahme 10.04.2018: Regierung beantragt Annahme 11.01.2018: Eingereicht
Basel-Stadt	«Einführungsklassen jetzt!»		11.04.2018: Überweisung an Kommission 26.03.2018: Eingereicht
Bern	Früherziehung als sonderpädagogische Massnahme und frühe Förderung sollen in die Erziehungsdirektion überführt werden	SP/PS (Sozialdemokratische Partei)	29.08.2018: Annahme durch Regierungsrat 20.03.2018: Eingereicht
Solothurn	Weicher Einstieg in den Kindergarten	CVP/PDC/PPD (Christlichdemokratische Volkspartei)	19.03.2018: Regierung beantragt Ablehnung 19.03.2018: Antwort der Regierung 20.12.2017: Eingereicht

Graubünden	Rechtsstellung von kinderbetreuenden «Spielgruppen» im Kanton Graubünden	CVP/PDC/PPD (Christlichdemokratische Volkspartei)	19.03.2018: Antwort der Regierung 06.12.2017: Eingereicht
Bern	Familienergänzende Kinderbetreuung im Kanton Bern bedarfsgerecht ausbauen!	GPS/PES (Grüne Partei)	29.08.2018: Punktweise Beschlüsse durch Regierungsrat 19.03.2018: Eingereicht
Bern	Einige Eltern brauchen dringendst Hilfe!	SP/PS (Sozialdemokratische Partei), PSA (Autonome Sozialistische Partei)	19.03.2018: Parlament unterstützt Vorstoss 15.11.2017: Regierung beantragt Annahme 15.11.2017: Antwort der Regierung 08.06.2017: Eingereicht
Basel-Stadt	Anpassung Richtgrösse Tagesstrukturen	SP/PS (Sozialdemokratische Partei)	15.03.2018: Eingereicht
Basel-Stadt	Heilpädagogische Früherziehung im Kanton Solothurn	SP/PS (Sozialdemokratische Partei)	27.06.2018: Erledigt 14.03.2018: Eingereicht
Basel-Stadt	Verbesserung des Eintritts in die Volksschule	CVP/PDC/PPD (Christlichdemokratische Volkspartei), EVP/PEV (Evangelische Volkspartei)	18.04.2018: Überweisung an Regierungsrat 14.03.2018: Eingereicht
Zürich	Früher Kindergarteneintritt	SVP/UDC (Schweizerische Volkspartei)	25.04.2018: Antwort Regierungsrat 26.02.2018: Eingereicht

Freiburg	Loi sur les structures d'accueil extrafamilial de jour (LStE) - Modification des articles 9 et 10 (Financement)	SP/PS (Sozialdemokratische Partei)	08.02.2018: Eingereicht
Basel-Landschaft	Bildung stärken [2]: Frühe Sprachförderung verpflichtend machen	CVP/PDC/PPD (Christlichdemokratische Volkspartei)	17.05.2018: Überweisung als Postulat 25.01.2018: Eingereicht
Basel-Landschaft	Bildung stärken [1]: Frühe Förderung der Landessprache	CVP/PDC/PPD (Christlichdemokratische Volkspartei)	19.06.2018: Antwort Regierungsrat 25.01.2018: Eingereicht
Bern	Zukunftsfonds – Für einen innovativen Kanton Bern	SP/PS (Sozialdemokratische Partei), PSA (Autonome Sozialistische Partei)	04.06.2018: Punktweise Beschlüsse durch Regierungsrat 09.05.2018: Annahme als Postulat 22.01.2018: Eingereicht
Zürich	Weniger Druck im Kindergarten	SP/PS (Sozialdemokratische Partei), EVP/PEV (Evangelische Volkspartei)	04.04.2018: Stellungnahme Regierungsrat 15.01.2018: Eingereicht
Zürich	Personelle Unterstützung für Kindergärten mit immer jüngeren Kindern	EVP/PEV (Evangelische Volkspartei), SP/PS (Sozialdemokratische Partei)	15.01.2018: Eingereicht
Basel-Landschaft	«Ja zu Lehrplänen mit klar definierten Stoffinhalten und Themen»; Gegenvorschlag des Regierungsrates		10.06.2018: Annahme Gegenvorschlag in Volksabstimmung 13.12.2017: Parlament unterstützt Vorstoss

			04.07.2017: Eingereicht
Thurgau	«Gestresste Kleinkinder»	SVP/UDC (Schweizerische Volkspartei)	06.12.2017: Eingereicht
Waadt	Ecole à journée continue pour tous, mais accueil parascolaire durant la pause de midi à deux vitesses : cherchez l'erreur !	GLP (Grünliberale Partei Schweiz)	05.03.2018: Antwort 28.11.2017: Eingereicht
Luzern	Eine Überprüfung des halbjährlichen Kindergarteneintritts	GLP (Grünliberale Partei Schweiz)	31.10.2017: Eingereicht
Genf	Doublement du nombre de « Mary Poppins » : plus de places de garde et de nombreuses personnes réinsérées	FDP/PRD/PLR (Freisinnig- Demokratische Partei)	03.11.2017: Weiterleitung an Bildungsaus- schuss 16.10.2017: Eingereicht
Basel- Landschaft	Bildungsqualität statt Abbau: Logopädie	SP/PS (Sozialdemokratisch e Partei)	28.09.2017: Eingereicht
Basel-Stadt	«Recht auf kostenlose Bildung für alle»		16.05.2018: Überweisung an Regierung zur Stellung- nahme 28.09.2017: Eingereicht
Freiburg	Modification de la loi sur les structures d'accueil extrafamilial de jour (LStE) - Nouvel alinéa à l'article 13 (Soutien à l'encadrement particulier)	FDP/PRD/PLR (Freisinnig- Demokratische Partei), SVP/UDC (Schweizerische Volkspartei)	10.07.2017: Eingereicht

Tessin	"L'allievo, il docente e la scuola media"		05.07.2017: Eingereicht
Waadt	Sauvegarder les prérogatives des prestataires privés en matière de pédagogie spécialisée	SVP/UDC (Schweizerische Volkspartei)	13.06.2017: Eingereicht
Uri	«Günstigere familienexterne Betreuung von Kindern auch in Uri!»	SP/PS (Sozialdemokratische Partei)	24.05.2017: Eingereicht

Vereinbarkeit

Luzern	Die Einführung eines bezahlten Vaterschaftsurlaubs von zwei Wochen	SP/PS (Sozialdemokratische Partei)	05.05.2018: Eingereicht
Basel-Landschaft	„Sozial gestalten“: Teilzeitarbeit (auch in Führungspositionen) beim Kanton Basellandschaft	SP/PS (Sozialdemokratische Partei)	26.04.2018: Eingereicht
Tessin	Per la modifica delle direttive sulla frequenza nella scuola dell'infanzia: per un vero accesso dei bambini di 3 anni alla scuola dell'infanzia	CVP/PDC/PPD (Christlichdemokratische Volkspartei)	12.03.2018: Eingereicht
Basel-Stadt	Stellvertretungssystem bei Elternschaft	GB (Grünes Bündnis)	14.03.2018: Eingereicht
Basel-Stadt	Qualität und Benutzerfreundlichkeit der Tagesstrukturen	SP/PS (Sozialdemokratische Partei)	14.03.2018: Eingereicht
Solothurn	Vaterschaftsurlaub für die Angestellten des Kantons Solothurn	GPS/PES (Grüne Partei)	27.02.2018: Erheblich- erklärung 27.02.2018: Antwort der Regierung 15.11.2017: Eingereicht
Bern	Familienfreundlicher Kanton Bern: Zwei Wochen Vaterschaftsurlaub für alle!	SP/PS (Sozialdemokratische Partei), EVP/PEV (Evangelische)	14.06.2017: Regierung beantragt Ablehnung 14.06.2017:

		Volkspartei), GLP (Grünliberale Partei Schweiz), GPS/PES (Grüne Partei)	Antwort der Regierung 25.01.2017: Eingereicht
Basel-Stadt	"Ferienbetreuung durch die Tagesstrukturen"		28.09.2017: Eingereicht
Basel-Stadt	Familiengerechte Ferienbetreuung in den Tagesstrukturen	SP/PS (Sozialdemokratische Partei)	13.12.2017: Antwort der Regierung 15.05.2017: Eingereicht
Basel-Landschaft	«Sozial gestalten»: Ferienbetreuung	SP/PS (Sozialdemokratische Partei)	21.08.2018: Regierung beantragt Ablehnung 26.04.2018: Eingereicht
Tessin	Per un congedo maternità cantonale	SP/PS (Sozialdemokratische Partei)	14.12.2017: Eingereicht
Freiburg	Änderung des Gesetzes über die familienergänzenden Tagesbetreuungseinrichtungen (FBG) (Art. 9, Abs. 1): Rechtmässig anerkannte vorschulische Einrichtungen und auserschulische Betreuungseinrichtungen (3H-8H) sollen vom Staat finanziell unterstützt werden	CSP/PCS (Christlichsoziale Volkspartei), -	23.03.2018: Eingereicht
Basel-Landschaft	Zum Gesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung (FEB)	EVP/PEV (Evangelische Volkspartei)	22.03.2018: Eingereicht

Gesundheitsförderung und Prävention

Bern	Kinderschutz-Programm gegen innerfamiliäre Gewalt	SP/PS (Sozialdemokratische Partei)	07.03.2018: Eingereicht
------	---	------------------------------------	------------------------------------

